Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 62 (1982)
Heft: 12

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare

Matisse

Zur Ausstellung im Zürcher Kunsthaus

«I want to be Matisse», soll Andy Warhol gesagt haben. Interessant und bezeichnend an diesem Bekenntnis ist, dass es aus Amerika kommt: hier hat Matisse seine frühesten Sammler gefunden, amerikanische Museen besitzen – neben Leningrad und Moskau – die wichtigsten Matisse-Kollektionen, auf die amerikanische Kunst hat Matisse auf lange Sicht wohl noch mehr Einfluss ausgeübt als auf die europäische. Und interessant ist im weiteren, wer da den Wunsch äussert, Matisse zu sein: Warhol seinerseits ist der berühmteste, produktivste und enorm einflussreich nach Europa (zurück-)wirkende Star der Pop-Art, die zu den wichtigsten und in ihren Auswirkungen noch bei weitem nicht absehbaren Strömungen in der Kunst der zweiten Jahrhunderthälfte gehört.

Wer die neueren Entwicklungen in der Malerei begreifen will, sollte Matisse ebenso kennen wie Cézanne und Picasso. Das Kunsthaus Zürich hat 1982 jeden dieser drei Künstler in einer Ausstellung zeigen können, wie sie so bald nicht ein zweites Mal möglich sein dürfte. Gegenwärtig also und bis zum 16. Januar 1983: *Henri Matisse – ein Fest der Farbe.* Über hundert seiner wichtigsten Gemälde und eine Anzahl Skulpturen sind zusammengekommen. Das Museum of Modern Art in New York war aus vorübergehender Platznot zu grosszügigen Leihgaben bereit, und angesichts der Bedeutung des Ereignisses beteiligten sich auch andere amerikanische Museen, wichtige Werkgruppen stammen aus Russland, Frankreich, England und Schweden, und natürlich haben auch die schweizerischen Museen und eine Reihe von privaten Leihgebern hervorragende Werke beigetragen. Der Besucher erhält einen vorzüglichen Überblick über das Lebenswerk des Malers mit dem Schwergewicht auf der Entwicklung zum «Fauve» und auf dem Spätwerk (nur die in der Literatur vielgerühmte Rosenkranzkapelle von Vence, an der Matisse von 1947 bis 1951 gearbeitet hat, ist gar nicht berücksichtigt); er lernt den Plastiker Matisse kennen – und den Zeichner, dies dank dem Umstand, dass das Zürcher Kunsthaus gleichzeitig im graphischen Kabinett Zeichnungen der Nabis und Fauves aus zwei Schweizer Privatsammlungen ausstellt.

Matisse und die Farbe – nach all den in den letzten Jahrzehnten sich explizite oder nicht so benennenden oder gebärdenden «neueren Wilden» ist es heute nicht mehr so leicht, die Pionierleistung eines Matisse auf diesem Gebiet zu erkennen. Seit Matisse

ist die Farbe frei, könnte man sagen, wir haben uns daran gewöhnt und auch daran, dass sie weniger sorgfältig und bewusst eingesetzt wird, als er es tat. Die Reihe der frühen Bilder gibt uns eine Ahnung von der Weite des Weges, den er in verhältnismässig kurzer Zeit zurückzulegen hatte, um in das von ihm erst erschlossene Neuland vorzudringen. Dabei war er, im Unterschied zu Picasso, kein Wunderkind; seine Anfänge sind – darin Cézanne vergleichbar – eher zögernd, und von den Eltern scheint er allenfalls die Nähe zum Textilen mitbekommen zu haben. Am 31. Dezember 1869 geboren, studiert er mit siebzehn Jahren an der Juristischen Fakultät der Sorbonne in Paris. Erst in der langen Rekonvaleszenz nach einer Operation beginnt er zu malen. Und noch zwölf Jahre später – 1903 – stellt er sich selbstkritisch vor die Alternative, innerhalb eines Jahres das ihm Eigene zu finden oder dann die Malerei endgültig aufzugeben. Dass er es gefunden hat, hängt mit seiner Schulung durch Gustave Moreau zusammen und mit einer Ausstellung islamischer Kunst. Moreau wirkte schon allein dadurch, dass er seinen Schülern auf liberale Weise den Akademismus ersparte, dass er sich in seiner eigenen Arbeit ausserhalb der damals geltenden Strömungen bewegte, und für Matisse dürfte auch nicht unwichtig gewesen sein, dass in seinen mythologisch-religiösen Kompositionen die Farbe ein eigenwilliges Eigenleben gewinnen und die räumliche Tiefe unvermittelt ins exotisch Ornamentale übergehen kann. Darin traf er sich mit dem, was Matisse in der islamischen Kunst noch eindeutiger und verselbständigt vorfand, so dass er sagen konnte: «*Die Erleuchtung kam für mich also aus dem Orient.*»

In «*La desserte*» (1897) schafft Matisse einen trotz ungewöhnlichem Bildausschnitt noch klar definierten Raum, und all die Gegenstände des üppigen Stillebens stehen deutlich einer hinter dem andern; dennoch scheinen sich die Glanzlichter von Porzellan, Silber und Glas, die Farbflecken von Früchten und Blumen verselbständigen zu wollen. Ein späteres Stilleben besteht völlig aus Farbtupfen, aber diese haben sich noch nicht ganz von der Stofflichkeit der Dinge, vom sichtbaren Gewicht der Materie gelöst. Das gelingt erst in «*Luxe, calme et volupté*» von 1904. Das Bild ist ganz in der pointillistischen Technik des Neo-Impressionismus gemalt. Die reinen Farben und die hellen Aussparungen zwischen den Tupfen erfüllen die ganze mediterrane Landschaftsszenerie mit Licht. In den Figuren erscheint Manets «*Déjeuner sur l'herbe*» von seiner Körperlichkeit befreit, werden die Badenden aus Cézannes späten Aquarellen paraphrasiert, atmosphärelos klar umrissen und flächig – das Bild wirkt wie der Karton für eine farbenprächtige Stickerei. Damit sind – auch was das Motiv und den aus einem Baudelaire-Gedicht übernommenen programmatischen Titel betrifft – die Voraussetzungen geschaffen für den eigenen Stil, den Matisse so umschreibt: «*Streben nach Farbintensität, Materie gleichgültig, Reaktion gegen die Diffusion des Lokaltones im Licht. Das Licht wird nicht ausgeschaltet, sondern findet sich durch den Zusammenklang farbiger Flächen ausgedrückt.*»

Mit kräftigen, oft pastosen Pinselstrichen, mit leuchtenden, sich gegenseitig komplementär oder im Warm-Kalt-Kontrast steigernden Farben, die eindeutig wichtiger sind als das Sujet oder die präzise Zeichnung, – so malen Derain und Matisse im Sommer 1905 in Collioure, so stellen sie im Salon d'automne desselben Jahres aus. Für die Pariser ist das ein Skandal: «*Un pot de couleurs a été jeté à la figure du public*», schreibt ein Kritiker, ein anderer nennt die Maler «fauves» und gibt damit der Gruppe, deren Haupt Matisse ist, ihren Namen: Fauvismus. Aber so wild sind diese «wilden Tiere» gar nicht. Matisse legt Wert auf die Feststellung, dass dem Eindruck der Spontaneität ein langwieriges, bewusstes Erarbeiten der Technik vorausgegangen sei und dass der Griff in den Farbtopf alles andere als zufällig sei: «*Es gibt ein notwendiges Verhältnis von Farbtönen, das mich dazu führen kann, die Form einer Figur zu verändern oder meine Komposition umzuformen. Solange ich dieses Verhältnis noch nicht für alle Teile des Bildes erreicht habe, suche ich es noch und arbeite weiter. Dann kommt ein Zeitpunkt, wo für alle Teile die endgültigen Beziehungen gefunden sind, und von da ab wäre es mir unmöglich, irgend etwas an meinem Bilde zu verändern, ohne ganz von vorne zu beginnen.*» Diese Bewusstheit ist allerdings gepaart mit einer luziden Sinnlichkeit und hat wenig zu tun mit der inhaltlichen Grübelei des gleichzeitigen Expressionismus in Deutschland. Und auch zur affektierten Gestik mancher «neuer Wilder» der letzten Jahre führt kaum ein direkter Weg von den «Fauves».

Als «*schönstes Gemälde, das ich kenne*» hat Picasso ein annähernd quadratisches Stilleben von 1912/13 bezeichnet, das sich in seinem Besitz befand. Der flache Korb mit den Orangen steht auf einem roten Sockel, über den ein lachsfarbenes, mit Blumen in kräftigen Farben bedrucktes Tuch gebreitet ist. Es verdeckt die Sockelkanten weitgehend, bringt also die Körperlichkeit zum Verschwinden, und auch der lebhaft gegliederte Hintergrund wird nicht dreidimensional erfahren. Auf dieser kostbaren Farbfläche wirkt der Früchtekorb wie ausgeschnitten und aufgeklebt – Erinnerung an die Raumillusion von Jahrhunderten abendländischer Malerei. Noch weiter geht die «*Nature morte espagnole*», in der vor lauter kraftvoll gemusterten Tüchern und Möbelbezügen die verstreuten Früchte und der Topf mit Geranien kaum mehr auszumachen sind. Unverkennbar ist die Tendenz, das Gegenständliche aufzuheben im flächigen Ornament eines orientalischen Teppichs.

Das kühnste Bild ist wohl «*Porte-fenêtre à Collioure*» (1914). Matisse geht aus von seinem Motiv des Interieurs mit Blick durch die geöffnete Balkontüre in eine helle Landschaft, aber er wandelt es rigoros ab, indem er die Fensterfläche zwischen den senkrechten blauen, grünen und ockerbraunen Wandstreifen völlig schwarz ausmalt. Dazu sein Kommentar: «*J'ai commencé d'utiliser le noir pur comme une couleur de lumière!*» Von hier, so meint man, ist es nur noch ein Schritt zu den Farbraumvisionen von Mark Rothko.

Auch Schwarz als Lichtfarbe – beunruhigen will Matisse jedenfalls nicht mit dem Dunkeln. «*Ich träume*

von einer Kunst des Gleichgewichts, der Reinheit, der Ruhe, ohne beunruhigende und sich aufdrängende Sujets, von einer Kunst ... die ein Beruhigungsmittel ist, eine Erholung für das Gehirn, so etwas wie ein guter Lehnstuhl.» Das tönt schön – und bedenklich; auf die Funktion des dekorativen Trostpflasters möchten wir die Kunst nicht reduziert sehen. In einer mittleren Schaffensphase scheint bei Matisse das Schöpferische im bloss kulinarisch Schönen zu erlahmen.

Um so deutlicher hebt sich das Alterswerk mit seiner Intensität davon ab. Der Achtzigjährige malt Bilder wie *«Le rideau égyptien»*, in dem der Blick am Granatapfelstilleben und am schweren rot-grün-schwarzen Dekor des Vorhangs vorbei zum schwarzgerahmten Fenster geht, das vom Feuerwerk einer Palme erfüllt ist. Und als das Malen physisch zu beschwerlich wird, entstehen bis kurz vor dem Tod im Jahre 1954 als etwas völlig Neues die wunderbaren *«Gouaches decoupées»*: grossformatige, aus eingefärbtem Papier geschnittene Akte oder Blatt- und Blütenformen, in deren Abstraktion, Reduktion und Leuchtkraft das Lebenswerk und Glaubensbekenntnis des Künstlers eine letzte Steigerung erfährt.

Denn das Dekorative bei Matisse ist ja nicht nur Ausdruck für Ruhe und Sinnenfreude, sondern es hat den utopisch-religiösen Charakter einer Gegenwelt. In den lichterfüllten Pastoralszenen von *«Luxe, calme et volupté»* und *«Joie de vivre»*, in den Tanzdarstellungen und der Reihe der blauen Scherenschnittakte, in der unvergänglichen Frische der Farben und im formalen Wohlklang des Ornaments wird der Traum vom Glück des goldenen Zeitalters geträumt – so wie der islamische Teppich zeichenhaft auf den Garten des Paradieses verweist.

Uli Däster

Animalen fordern Abrüstung

Eine musikalische Fabel aus Schweden im Opernhaus Kiel

Seit der deutschen Erstaufführung während der Kieler Woche 1982 geht am Stadttheater Kiel mit beachtlichem Erfolg die Oper *«Animalen»* des schwedischen Komponisten Lars Johan Werle und seines Librettisten Tage Danielsson über die Bühne. Mir ist nicht bekannt, ob Opernhäuser in der Schweiz schon auf dieses Stück aufmerksam geworden sind. Aber sie würden, wenn das nicht der Fall wäre, ihrem Publikum einen künstlerischen Genuss ersten Ranges vorenthalten. Da dieses Stück anfangs der sechziger Jahre konzipiert worden ist, liegt der Gedanke einer Parteinahme für Grüne, Alternative, oder wie sie sich nennen, fern. Das muss gleich gesagt werden.

Der Grundgedanke der Fabel ist uralt: die Tiere sind klüger als die Menschen, und sie sorgen sich um den Fortbestand unserer schönen Erde.

Ganz einfach ist auch die Hand-

lung: Die Tiere berufen einen Kongress ein, um die Menschen gegen nukleare Selbstausrottung zu schützen und sie zu zwingen, Frieden zu stiften. Abgesandte der Weltmächte werden aufgefordert, die Grundsätze ihrer Politik offenzulegen. Eine Russin aber gesteht offenherzig, dass die Vertreter der beiden Weltmächte lügen, und fängt ein Liebesgetändel mit einem smarten Amerikaner an. Die Vertreter der Weltmächte sind sich für einmal sofort einig, nämlich, dass dies unter allen Umständen verhindert werden muss. Doch Ludmila und Billy stehen jetzt unter dem besonderen Schutz der Tiere. An der «Friedenskonferenz» von Wien setzen die Animalen es durch, dass die Machenschaften der CIA-Agenten und der KGB-Agentinnen durchkreuzt werden. Alle, die einander bisher als Todfeinde gegenüberstanden, finden sich paarweise. Und der Pinguin als Standesbeamter hat alle «Hände» voll zu tun, die ungleichen Paare zusammenzugeben.

*

Die Kieler Aufführung setzt Massstäbe. Ihr Gastregisseur John Dew, assistiert vom Bühnenbildner Gottfried Pilz, lässt der theatralischen Phantasie freien Lauf und stattet das Stück mit einer Fülle grotesker Effekte und humoristischer Gags aus. Die Tiere – Löwe, Bär, Panther, Affe, Pfau, Pinguin usw. – handeln, wie die Menschen sollten, die Menschen aber gebärden sich wie Monster. Zarte Lyrismen wechseln mit frechen Revueszenen und satirischem Kabarett. Um das begeisterte Mitgehen des sonst eher unterkühlten, an alternativem Gehabe wenig interessierten norddeutschen Publikums zu erklären, seien ein paar Szenen – die Oper rollt in zwei Akten und insgesamt 14 Bildern ab – ausführlicher vorgestellt.

Wenn die Aussenminister der Supermächte, Gordon und Smirnoff, vor riesigen Flaggen auf das Podest treten, um den Tieren die Grundzüge ihrer Politik anzupreisen, tun sie das gleichzeitig und mit den genau gleichen Worten – melodramatisch, mit aufreizender Musik untermalt. «Gleichgewichtspolka» heisst die Nummer, und sie beginnt:

«Wir halten die Kräfte
im Gleichgewicht;
auch der andere tut das
aus seiner Sicht.
Jeder von uns muss doch
der Stärkste sein.»

Voll komischer Einfälle sind auch Bild 3 und 4: «The American Way of Life» und «The Russian Way of Life». – Vor einer Wolkenkratzer-Kulisse rollt eine überdimensionierte Luxuslimousine herein. Ihr entsteigen Pin-up-Girls, junge Männer praktizieren einen perversen Striptease, ein Dutzend Frauen mit riesigen Einkaufstüten verspotten die westliche Konsum- und Wegwerfgesellschaft. Wenn aber die Russen auftreten, schneit es. Ein Traktor, ebenso überdimensioniert, fährt vor. Arbeiter in ihrer Uniform, aus dem Hintergrund sich nach vorn wälzend und schliesslich die Bühne in ihrer ganzen Breite ausfüllend, singen melancholische Lieder und produzieren sich mit Hammer und Zange am Fliessband: der Staat der Arbeiter und Bauern in ebenso bissiger Karikatur. Aber die Musik überdeckt das Böse, es ist alles doch

nur augenzwinkernd und humorvoll versöhnlich gemeint!

Ebenso revuehaft ist die Wiener Konferenz aufgezogen. Alle Erdteile und Rassen sind vertreten. Der Maskenbildner scheut nicht davor zurück, mit karnevalistischen Gags Gegenwart und jüngste Vergangenheit zu verspotten: Arafat ist zu erkennen, Fidel Castro, und der Russe verschafft sich Gehör, indem er sich den Schuh auszieht und auf das Podest hämmert, wie einstmals Chruschtschow an einer Generalversammlung der UNO. Dass der General Nelson, wie ein Januskopf mit zwei Gesichtern, der die Friedenskonferenz kurzerhand auflöst und einen Tanz mit der Pfauendame anhebt, an Jaruselski erinnert, ist sicher kein Zufall. Seine Arie parodiert ebenso nichtssagende wie makabre Communiqué-Weisheiten: «Wer aufrüsten kann, der kann auch abrüsten ... Vor dem Frieden, da kommen Kriege.»

Inzwischen haben die Tiere eingegriffen. Sie tragen Transparente herein: «Animalen fordern Abrüstung.» Sie sorgen dafür, dass die Machenschaften der Agenten misslingen, Ludmila und Billy sowie die andern Paare also – wie erwähnt – zueinander finden: «Das Wettrüsten wird enden, wenn viele Menschen beider Seiten auf der Stelle heiraten!»

*

Ist nun all dies ein Musical, eine Revue, ein Monster-Kabarett – oder doch eine Oper? John Dew definiert wie folgt: «Eine Oper ist ein Bühnenstück, in dem die Handlung in der Musik und durch die Musik vorwärtsbewegt wird.» Für ihn ist «*Animalen*» eine Oper. In den grossen Opernwerken der Musikgeschichte wurden «immer wieder auch musikalisch populäre Formen ihrer Zeit wie Lied und Tanz verwendet». Genau so verfährt Lars Johan Werle. Er entwickelt «eine Art Collage-Technik, indem er sowohl alte Tanz- und Liedformen, wie Madrigal und Pavane aufgreift, als auch Musikformen unserer Zeit, wie Tango, Beguine oder Gospelsong». Diese Zitate stammen aus einem Interview in dem von Dr. Wolfgang Binal ausgezeichnet redigierten Programmheft der «Bühnen der Landeshauptstadt Kiel» (1981/82, Heft Nr. 15). Den Schluss des Werkes bildet die mächtige Kantate, die die Unbesiegbarkeit der Liebe preist:

«All diese Liebe umfasst
unsere Welt und ist stark ...
Hast du Liebe,
wirst du stark sein,
denn du wirst im Kampf
nicht allein sein.»

Liebe als friedensstiftende Macht: das Lysistrata-Thema. Es ist wohl kein Zufall, dass kürzlich eine schwedische Neuinszenierung der Komödie von Aristophanes den Weg ins Deutsche Fernsehen gefunden hat. Lars Johan Werle (* 1926), von dem in Norddeutschland schon zwei Opern Aufnahme gefunden haben («*Therese – ein Traum*», «*Die Reise*») und der auch die Musik zu zwei Filmen Ingmar Bergmans («*Persona*» und «*Die Stunde des Wolfs*») geschrieben hat, verfügt über ein breites Register musikalischer Gestaltung. Er ist modernistisch geschult, orientiert sich jedoch mehr und mehr an den Frühstadien der Moderne und ist offen für alle Stilrichtungen, wenn er darin nur das

zum Ausdruck bringen kann, was ihn bewegt. Natürlich lebt das Werk von der Zitat- und Collagetechnik. Aber jede Szene besitzt doch ihre eigene Substanz, ist musikalisch aus der Thematik heraus gestaltet. Trivial Eingängiges steht nicht um seiner selbst willen, sondern im Dienst der szenischen Idee, das Banale hat aufreizende oder negierende Funktion. Was an Werles Oper auffällt, ist die Steigerungsfähigkeit – von Melodien-Getändel und Ballettszenen über Wolgalied-Schwermut und erotische Lyrismen bis zur bekennenden Grossform in den beiden Finalpartien. Anklänge an das *«Klagende Lied»* sind hörbar; ich vermute: auch an Schönberg. Doch muss die musikalische Analyse dem Fachmann überlassen bleiben, der das Werk mehr als einmal hört und Einblick in die Partitur gewinnt.

Ein Zweites, was an *«Animalen»* auffällt, sind die Untertöne, lange Vorhalte, fallende Tonfolgen, die ein besinnliches, resignierendes Element hineinbringen. Gerade der Versuchung, *«Animalen»* nur als Musical ohne ernsten Hintergrund abzuspielen, haben die Kieler erfolgreich widerstanden. Da wird die tragische Ohnmacht der Kreatur gegen selbstherrlichen Ungeist bewusst gemacht. Es ist klar, dass in die Tiere menschliche Ängste und Sehnsüchte projiziert sind. John Dew umschreibt es so: «Die Tiere sind im Eigentlichen eine Chiffre für den Menschen, für den Durchschnittsbürger, der mit einem mehr oder weniger deutlichen Gefühl der Hilflosigkeit auf die sogenannte hohe Politik schaut und nicht mehr begreift, was da gespielt wird.» Das ist vielleicht (für das Programmheft) eher zu vordergründig gesehen. Da gibt es eine lang ausgezogene Szene mit dem Affen – als ein Gleichnis tiefer, ungestillter Sehnsucht nach Liebe und Geborgenheit. Sie ist musikalisch und schauspielerisch als ein Höhepunkt empfunden worden und erhielt einen langen Sonderapplaus. Diese elementar menschlichen Szenen und ihre Umsetzung in eine an innerste Nerven rührende Musik sind es, die dem Werk seine unerklärliche Spannung verleihen.

Vergessen wir neben dem Komponisten Lars Johan Werle nicht den Autor des Textes: Tage Danielsson (* 1928). Von ihm stammt die Idee der Fabel. Sie findet sich in dem Buch *«Tage Danielssons bok»* 1963 («Tage Danielssons Buch»). Danielsson ist Radiomann, Entertainer und Verfasser von Revue-, Film- und Kinderbüchern. Seine Parodien haben tiefe Wurzeln in der schwedischen Tradition. Auch er hat – um wieder einmal den alten Grabbe zu bemühen – Sinn für Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung. Mit der Betonung auf letzterem. Und diese Mischung macht ihn zu einem Liebling seines Publikums. Was nun den Text zu *«Animalen»* betrifft: *«Animalen»* lässt an ein Werk denken, das in den fünfziger Jahren grösstes Aufsehen erregt hat und heute zu den klassischen Büchern der schwedischen Moderne zählt: *«Aniara»* von Harry Martinson – auch als Oper auf den Kontinent gekommen, mit der Musik von Karl-Birger Blomdahl, auch ein Hohes Lied auf die Erde und nur aus der pazifistischen Tradition seines Landes zu verstehen. Es führt eine Linie von *«Animalen»* zu *«Aniara»* und zu vielen Werken der schwedischen Dichtung des zwanzigsten Jahrhunderts.

Für sie steht das Wort im neunten Bild von *«Animalen»*: «Oh, wie schön ist die Erde! Lasst sie leben!»

Otto Oberholzer

(Uraufführung von «Animalen»: Göteborg 1979; Aufführungen in Kopenhagen und Kiel; österreichische Erstaufführung im Januar 1983 in Linz. – Die deutsche Übersetzung von Verena Reichel und Roman Ritter soll im Verlag Desch erscheinen.)

Pasoks problematischer Sieg

Eine Analyse der Resultate der Kommunalwahlen vom 17. und vom 24. Oktober 1982 in Griechenland ergibt, dass die seit Oktober 1981 regierende Panhellenische Sozialistische Bewegung (Pasok) Andreas Papandreous bezüglich der ihr zugefallenen Bürgermeister- und Gemeindepräsidentenämter einen klaren Sieg errungen hat. Unter dem Gesichtspunkt der «Ämter-Arithmetik» haben die Pasok-Wahlstrategen daher allen Grund, von einem «Triumph der Bewegung der grossen Änderung» zu sprechen. Und sie tun es auch mit jenem propagandistischen Geschick, das seit den Anfängen der «Bewegung» das Wirken der Parteiideologen Andreas Papandreous kennzeichnet. Doch das Jubilieren ist diesmal deutlich mit einem Gefühl des Unbehagens, ja mit Symptomen der Nervosität verbunden – Symptomen, welche verraten, dass die Ergebnisse der Kommunalwahlen für die Pasok im Grunde wie ein Schock wirkten. Bei näherem Hinsehen zeigt sich nämlich, dass das wirkliche «Signal» der Wahlresultate dem sich aus der «Posten-Arithmetik» ergebenden, für die Pasok günstigen Bild weitgehend widerspricht.

Stellt man nicht auf die Verteilung der Bürgermeister- und Gemeindepräsidentenämter ab, sondern auf die Stimmenzahl, so erkennt man unschwer, dass das Wählerpotential der «Bewegung» Andreas Papandreous seit den Parlamentswahlen vom 18. Oktober 1981 einen deutlichen Rückgang erlitten hat. Von diesem Rückgang haben vor allem die moskautreuen Kommunisten profitiert, die der Regierungspartei vorwerfen, ihre seinerzeitigen Wahlversprechen nicht eingelöst zu haben. Die von Charilaos Florakis angeführte «orthodoxe» Kommunistische Partei Griechenlands (KKE), die bei den Parlamentswahlen vom Oktober 1981 lediglich 11 % der Stimmen auf sich vereinigt hatte, erzielte bei der hinsichtlich der «Registrierung» der politischen Kräfte des Landes aufschlussreichen ersten Wahlrunde vom 17. Oktober 1982 mancherorts beachtenswerte Stimmenanteile – so zum Beispiel in Athen 18,57 %, in Piräus 20,08 %, in Saloniki gar 23,55 %. In diesen drei Grossstädten sind die Pasok-Bürgermeisterkandidaten am ersten Wahlsonntag weit unter den auf sie gesetzten Erwartungen geblieben. So brachte es beispielsweise der Pasok-Kandidat Dimitris Beis in Athen beim

ersten Wahlgang auf 38,32 % der Stimmen, während seine Partei bei den Parlamentswahlen vom Oktober 1981 in der hellenischen Hauptstadt einen Stimmenanteil von 44,16 % errungen hatte.

Einbussen

Die Stimmenverluste der Pasok betragen im Vergleich zum Oktober 1981, als Papandreous «Bewegung» 48 % der Stimmen auf sich vereinigte, mancherorts mehr als 10 %. Die Einbussen an Wählerstimmen scheinen in den Städten im allgemeinen grösser zu sein als auf dem Land. Das hat wohl verschiedene, nicht sehr leicht zu ermittelnde Gründe, hängt aber sicherlich auch mit Struktur und Taktik der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung zusammen. Der sozialistische Wahlsieg vom 18. Oktober 1981 wäre im erfolgten Ausmass undenkbar gewesen, wenn es der politischen Formation Papandreous nicht gelungen wäre, gerade auf dem Lande, selbst in traditionellen Hochburgen des hellenischen Konservatismus, einen sensationellen Durchbruch zu erzielen. Das griechische Dorf, das in der Zeit vor der Athener Militärdiktatur, also vor dem 21. April 1967, sozusagen unter dem strengen Blick des für «Ruhe und Ordnung» im Sinne der traditionellen Rechten sorgenden Gendarmen und unter dem Einfluss systematischer Indoktrinierungsaktionen konservativ gesinnter Berufspolitiker, Lehrer und Popen wählte, wurde in den Jahren vor dem «Triumph der grossen Änderung am 18. Oktober 1981» offensichtlich weitgehend von der «grünen Welle» der Pasok erfasst. Grün war diese Welle nicht nur wegen der Farbe, welche die «Bewegung» Papandreous für ihre politische Symbolik und Propaganda benützt, sondern auch deshalb, weil die Pasok, wie Papandreou zu sagen pflegt, «den Anliegen der griechischen Bauernschaft grösste Aufmerksamkeit schenkt». Von jener Stimmung der «Emanzipation des Dorfes» scheint die Pasok immer noch zu profitieren, wenn auch in kleinerem Ausmass als zuvor.

Das grösste Problem, das aus der bei den Kommunalwahlen festgestellten Verkleinerung ihrer Volksbasis für die Pasok resultiert, liegt zweifelsohne in der Schwächung ihrer Position gegenüber dem «orthodoxen» Kommunismus. Diese Schwächung, worauf die unverkennbare Nervosität der Ideologen der Regierungspartei in erster Linie zurückgeht, hat die Pasok in eine Zwangslage versetzt, deren Auswirkungen sich noch nicht im vollen Umfang überblicken lassen. Vor dem 17. Oktober 1982, also vor der ersten Wahlrunde, führte die Pasok weitgehend einen ideologisch-politischen Zweifrontenkrieg. Auf ihrer Rechten hatte die «Bewegung» Papandreous die Offensive der unter der Führung von Evangelos Averoff zum Teil einen betont konservativen Kurs verfolgenden Nea Dimokratia abzuwehren. Auf ihrer Linken sah sie sich mit der von Tag zu Tag zunehmenden Polemik der KKE konfrontiert. Und diese letztere Auseinandersetzung, d. h. diejenige mit den moskautreuen Kommunisten, machte Papandreou mehr zu schaffen als das Kräftemessen mit den Neodemokraten.

Die KKE-Führung hätte es gerne

gesehen, wenn Papandreou ihr Angebot betreffend ein Wahlbündnis mit den «orthodoxen» Kommunisten angenommen hätte. Der Pasok-Führer wollte aber bis zur ersten Wahlrunde von seiner These nicht abweichen, wonach nicht den Kommunisten, sondern der Pasok das «historische Los» zugefallen sei, die «grosse Änderung» in Hellas herbeizuführen. Erst die Resultate des ersten Wahlsonntags, welche für die Pasok-Wahlstrategen zum Teil eine böse Überraschung darstellten, zwangen Papandreou zu einer Änderung dieser seiner Haltung. Zwar erklärte der sozialistische Regierungschef am 19. Oktober 1982 vor den ausländischen Journalisten in Athen emphatisch: «Wir schliessen von vornherein jegliches Feilschen mit irgendeiner Partei aus, welches unsere Ziele beeinträchtigen könnte.» Kurz danach jedoch ging diese offensichtlich ein Zusammengehen mit der KKE betreffende und zur Beschwichtigung des zum Zentrum hin neigenden Flügels der «Bewegung» abgegebene Zusicherung «vergessen». Die zweite Runde der Kommunalwahlen stand im Gegensatz zur ersten grösstenteils im Zeichen eines volksfrontähnlichen Kurses, der zur ursprünglichen Linie der Pasok betreffend die «grosse Wende aus eigener Kraft» in krassem Widerspruch stand.

Der Schulterschluss

In einer Stellungnahme der zuständigen Kommission der Regierungspartei wird enthusiastisch festgestellt, dass die Pasok 70 % der Stadt- und Dorfgemeinden des Landes «erobert» habe. Von den insgesamt 276 Bürgermeistern seien 166 «Mitglieder oder Freunde der Pasok». Bei 50 handle es sich um Neodemokraten, bei 43 um KKE-Kommunisten. Drei Bürgermeisterämter seien Mitgliedern der «unorthodoxen» KP Griechenlands (der «Kommunistischen Partei des Inlands»), vier der einst prokommunistischen Eda zugefallen. 10 Bürgermeister seien unabhängig. Die Pasok habe zudem in 3600 Dorfgemeinden gewonnen, während seitens der Neodemokraten 1680 und seitens der moskautreuen Kommunisten 170 Dorfgemeinden kontrolliert würden. Bei dieser «Ämter-Arithmetik» wird freilich stillschweigend die Tatsache übergangen, dass die «Eroberung» zahlreicher Gemeinden durch die Pasok weitgehend das Resultat der im zweiten Wahlgang seitens der beiden grössten Parteien der Linken – der «Bewegung» Papandreous einerseits und der KKE andererseits – praktizierten Strategie der gegenseitigen Unterstützung gewesen ist. Erwartungsgemäss führte dieser «Schulterschluss der demokratischen Kräfte», wie das volksfrontartige Zusammengehen vor allem im KKE-Vokabular, aber z. T. auch im Pasok-Jargon genannt wird, dazu, dass der Apparat der lokalen Selbstverwaltung mehrheitlich von Funktionären der Regierungspartei, in nicht wenigen Fällen aber auch von moskautreuen Kommunisten kontrolliert wird.

Bei den Kommunalwahlen gelangt in Griechenland im Gegensatz zu den Parlamentswahlen, die nach der Wiederherstellung der Demokratie, oft aber auch schon vor der Zeit der Athener Militärdiktatur auf Grund des «verstärkten Proporzes», eines

mit Elementen des Majorzes verwässerten Verhältniswahlsystems, durchgeführt wurden, ein Wahlsystem zur Anwendung, welches weitgehend auf dem Prinzip der absoluten Mehrheit beruht. In den Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern war die Pasok deshalb in vielen Fällen auf die Unterstützung der KKE angewiesen, damit ihre Kandidaten ins Amt des Bürgermeisters bzw. des Gemeindepräsidenten gewählt wurden. Nur dank der Stimmen der KKE-Anhänger vermochte die Pasok in einer Reihe von Gemeinden, vor allem aber in den Grossstädten Athen, Piräus und Saloniki, das Rennen zu machen – und zwar erst im zweiten Wahlgang, wo es um einen «Zweikampf» zwischen den jeweils zwei grössten politischen Formationen ging. Der bereits erwähnte Pasok-Kandidat Dimitris Beis, der am zweiten Wahlsonntag im Bürgermeisteramt von Athen mit einem Stimmenanteil von 55,9 % bestätigt wurde, verdankt somit seinen Sieg einer beträchtlichen Anzahl KKE-Stimmen. Ähnlich lagen die Verhältnisse im zweiten Wahlgang auch anderswo, etwa in der zweitgrössten Stadt Griechenlands, in Saloniki.

Gewiss, die Konstellation der Kräfte bei Kommunalwahlen ist nicht selten anders als bei Parlamentswahlen. Das gilt, allgemein betrachtet, auch für Hellas. Und es gab auch bei den Gemeindewahlen dieses Jahres manchen «Sonderfall», so z. B. in Iraklion auf Kreta oder in Patras auf der Peloponnes. Selbst in solchen «Sonderfällen» aber war die Lokalpolitik letzten Endes doch mit der allgemeinen ideologisch-politischen Auseinandersetzung eng verbunden. Insofern waren die Kommunalwahlen auch ein parteipolitischer Test, der ergab, dass die Pasok-Sozialisten und die Kommunisten zusammengerechnet nach wie vor über die absolute Mehrheit der Wählerschaft des ganzen Landes verfügen. Aber es macht sich auch eine deutliche Verschiebung zugunsten der KKE und zu Lasten der Pasok bemerkbar. Und nicht nur das: Die Volksbasis der gesamten Linken scheint etwas schmäler geworden zu sein. Ein für die Pasok viel günstigeres Bild ergibt sich sicherlich, wenn man den Vergleich nicht zu den letzten Parlamentswahlen zieht, sondern zu den Gemeindewahlen des Jahres 1978. Eine darauf beruhende Analyse würde jedoch die bereits erwähnte Tatsache verkennen, dass die Kommunalwahlen dieses Jahres stark politisiert worden waren. Es ging dabei nicht so sehr um Probleme der lokalen Selbstverwaltung, sondern eher um ein parteipolitisches Kräftemessen ein Jahr nach der Übernahme der Regierungsverantwortung durch Andreas Papandreou.

Identität oder Volksfront?

Dieses Kräftemessen fiel nicht zugunsten der Pasok aus. Andreas Papandreou hatte Hoffnungen und Erwartungen geweckt, die er in den seit seinem triumphalen Wahlsieg vom Oktober 1981 vergangenen Monaten nicht hat erfüllen können. Sein an und für sich gewiss lobenswerter Pragmatismus in der Aussenpolitik gereichte ihm insofern zum Verhängnis, als die dem Diktat des Kremls folgenden Kommunisten ihm nun vor dem Hintergrund der einst so radikalen neutralistischen Pasok-Rhetorik

«Prinzipienlosigkeit» vorwerfen. Auf dem sozio-ökonomischen Gebiet hat die sozialistische Regierung bisher allzu einschneidende Interventionen im Sinne von Verstaatlichungen oder «Sozialisierungen» vermieden. Doch die «Sozialisierungsrhetorik» hat, zusammen mit den zugegebenermassen auch aus der internationalen Wirtschaftskrise resultierenden Faktoren, ein für die Wirtschaftsförderung ungünstiges Klima geschaffen. Und gerade auf dem Gebiet der von der Pasok verkündeten «Änderung der politischen Atmosphäre», von der sich mancher Grieche mehr Freiheit für alle Andersdenkenden versprach, machen sich trotz dieser oder jener prinzipiell begrüssenswerten Neuerung (Anerkennung des nationalen Widerstands, Proklamierung der Förderung der Dezentralisierung, Versuch der Bekämpfung des Klientelsystems, Entpönalisierung des Ehebruchs, Anerkennung der Ziviltrauung u. a.) gravierende Erscheinungen des Rückschritts bemerkbar. Etliche Praktiken der Pasok-Regierung – nicht zuletzt etwa die Indoktrination durch Radio und Fernsehen – erwecken den Eindruck, die Verkünder der «grossen Wende» seien eifrig daran, den «verhassten Einparteienstaat der Rechten» durch einen monolithischen und intoleranten Staats- und Propagandamechanismus der Pasok zu ersetzen. Die «Bewegung» frisst bereits ihre Kinder – «Rebellen» wie Giorgos Petsos, Stathis Panagoulis, Aris Bouloukos und Dimitris Chondrokoukis wurden wegen ihrer unbequemen Kritik aus der Partei ausgeschlossen.

Die Pasok steht nach dem «Wahl-Schock» vom Oktober 1982 an einem schicksalhaften Scheideweg: Gibt sie dem Drängen der moskautreuen Kommunisten nach «Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte auch in der Bewältigung der Regierungsaufgaben» nach, so verliert sie damit ihre Identität – die Identität einer politischen Formation des «dritten Wegs zum Sozialismus». Widersteht sie dem Druck der KKE, so verabschiedet sie damit auch die Illusion der «grossen Änderung aus eigener Kraft» und muss sich inskünftig um mehr Taten und weniger Worte bemühen.

Pavlos Tzermias

Boliviens ungelöste Krise

Am 10. Oktober 1982 übernahm die Regierung eine Koalition von Linksnationalisten, Sozialdemokraten und Kommunisten, die in drei Wahlgängen (1978, 1979 und 1980) hintereinander jeweils die erste relative Stimmenmehrheit erhielt, von sich wiederholenden Staatsstreichen seitens der Streitkräfte jedoch an der Amtsübernahme verhindert wurde. Insbesondere die Militärregierung, die im Juli 1980 gewaltsam an die Macht kam, zeichnete sich durch ein Ausmass an Repression, Misswirtschaft und Konzeptionslosigkeit aus, die auch unter lateinamerikanischen Umständen eine

einsame Spitze darstellte. Sie wurde von der nordamerikanischen Regierung beharrlich untergraben, konnte nicht einmal die Unterstützung der traditionellen rechtsorientierten Parteien gewinnen und entpuppte sich schnell als Agentur von Drogenhändlern, die sich in Bolivien aufgrund des weltweiten Aufschwungs von Kokain-Konsum zur mächtigsten Wirtschaftsgruppe entwickelt hatten.

Der kombinierte Druck der Gewerkschaften, der Unternehmer und der öffentlichen Meinung, sowohl in Bolivien als auch im Ausland, bewog die Militärs im September 1982 zur Einberufung des 1980 gewählten Parlaments, das gleich danach die Mitte-Links-Koalition als Wahlsiegerin bestätigte. Die Ablösung der verhassten Militärjunta durch eine verfassungsmässige zivile Regierung bietet jedoch keine Garantie für die Lösung der schwerwiegenden Probleme Boliviens, unter welchen die Zersetzung der herkömmlichen Sozialordnung, das tiefe Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der Politik und dem Staat und die vermutlich schlimmste Wirtschaftskrise der bolivianischen Geschichte herausragen. Jenes Misstrauen entbehrt keineswegs einer soliden Grundlage; die ersten Massnahmen der neuen Regierung geben ihm weiterhin Nahrung. Anstatt neue Pläne anzukündigen, streiten sich die Vertreter des neuen Regimes um Posten und Positionen; anstatt eine solide Verwaltungstätigkeit einzuleiten, erschöpfen sich die Regierungsmitglieder in öden ideologischen Auseinandersetzungen.

Diese Anzeichen deuten darauf hin, dass die guten Absichten der neuen Regierung eigentlich nicht ausreichen, um die traditionelle *politische Kultur* Boliviens ausser Kraft zu setzen. Trotz der akuten Krise bleiben die alten kollektiven Verhaltensmuster noch erhalten. Sie sind weitgehend einem Irrationalismus verpflichtet, der paradoxerweise durch die Einfuhr einiger Elemente der modernen technischen Zivilisation verfestigt worden ist. Dieser politisch wirkende Irrationalismus hat inzwischen den Charakter einer zweiten Natur angenommen, die den sozial massgeblichen Verhaltensweisen zugrunde liegt und sich gegenüber Kritik und Aufklärung als widerstandsfähig erweist.

Die irrationalistischen Tendenzen lassen sich auf drei Wurzeln zurückführen: auf die indianische Erbschaft, die spanisch-katholische Tradition und die technizistisch eingeengte Rezeption der westlich-metropolitanischen Kultur.

Das Erbe der Inkas

Die Bauern und Landarbeiter, die in Bolivien immer noch die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen, haben Verhaltensmuster beibehalten, die aus der Zeit des Inkareiches stammen. Diesem Reich kann man nicht grossartige Leistungen auf architektonischem und militärischem Gebiet absprechen, aber seine Gesellschaftsordnung wies eindeutig absolutistische Züge auf: die Macht des Herrschers kannte keine Grenzen, Gehorsam und Fleiss waren die einzigen, als positiv erachteten Tugenden der Untertanen, und die Wertschätzung der individuellen Persönlichkeit war unbekannt. Das Inkareich entwickelte keinen Mechanismus zur Selbstverwaltung

der Gemeinden, keine Institution zur friedlichen Schlichtung von Konflikten und keine Möglichkeit zur Bildung eines echten politischen Bewusstseins. Die Erbschaft aus der Inkazeit ist eine durchaus absolutistische, und sie hat die Verhaltensnormen der bolivianischen Bauernschaft bis heute tief geprägt.

Die spanische Tradition

Die spanische Eroberung hat diese Konstellation nicht verdrängt, sondern eher verfestigt und mit neuen Elementen bereichert. Unter den europäischen Nationen hat sich Spanien weder durch eine liberale Tradition noch durch sozialpolitische Innovationsleistungen ausgezeichnet; es brachte in die Neue Welt eine ebenso devote wie intolerante Religiosität, einen uneingeschränkten staatlichen Zentralismus und eine allgemeine Atmosphäre von Gewaltsamkeit und Servilität. Entgegen weitverbreiteten Vorstellungen war das sog. «bürgerliche» Privateigentum nicht besonders mächtig und vielen gesetzlichen Begrenzungen unterworfen. Die Krone und deren Organe monopolisierten den politischen Willensbildungsprozess und drückten dem gesamten Gesellschaftsleben ihren Stempel auf.

Als besonders wichtig für die politische Sphäre erwiesen sich zwei Eigenschaften der spanischen Kolonialverwaltung, die noch heute mit unverminderter Kraft am Werke sind. Im Gegensatz zu den britischen Kolonien kannten die spanischen Kolonialgebiete keine Selbstverwaltung und keine autonomen Institutionen auf städtischer und provinzieller Ebene. Die Krone bestimmte selbstherrlich die Ernennung aller Richter, Bürgermeister, Universitätsrektoren, Bischöfe und Pfarrer. Noch bis heute gilt in Bolivien als selbstverständlich, dass die Zentralregierung das Vorrecht hat, alle denkbaren Posten in der öffentlichen Verwaltung, in der Judikatur und im staatlichen Wirtschaftssektor uneingeschränkt und nach zweifelhaften Opportunitätskriterien zu vergeben; die Gegner einer bestimmten Regierung kritisieren nicht dieses Prinzip – von dem sie, einmal an der Macht, eifrig Gebrauch machen –, sondern bloss die konkrete Personalpolitik jener Regierung.

Die zweite, bis heute wirkende Eigenschaft der spanischen Kolonialverwaltung besteht in der Lähmung des individuellen und gruppenmässigen Unternehmungsgeistes und in der entsprechenden Monopolisierung aller Initiativen durch die Zentralregierung. Wenn es um den Bau einer Landstrasse oder um die Behebung des Schadens einer Überflutung geht, wird die Initiative aussergewöhnlich selten von den betroffenen Gemeinden oder von Zweckvereinigungen ergriffen; alles wird vom Staat erwartet, dem auch die Verantwortung für alle Naturkatastrophen und menschliche Unzulänglichkeiten aufgebürdet wird. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, dass sich keine Organe zur effektiven Kontrolle des Staatsapparates oder zur Verteidigung des Bürgers vor den Übergriffen der Regierung entfalten konnten; sogar die linksorientierten Kritiker der «bürgerlichen» Ordnung kämen niemals auf die Idee, die Rechte des Individuums gegenüber dem Staat durch tragfähige insti-

tutionelle Massnahmen abzusichern, da sie es nur auf die Regierungsübernahme und die entsprechende Umfunktionierung des Staatsapparates für die eigenen Ziele abgesehen haben.

Als besonders bedenklich erweist sich diese Verherrlichung der Staatsgewalt, weil sie in Verbindung mit irrationalen Wertvorstellungen auftritt: die Suche nach relativen Wahrheiten durch offenen Dialog und kritische Abwägung widerstreitender Argumente wird verdrängt durch die Existenz absoluter Gewissheiten, die man ebenso entschieden annimmt oder verwirft. Linke Revolutionäre und konservative Militärs kennen kaum den Stellenwert ausgehandelter Lösungen, pragmatischer Kriterien oder ehrenvoller Kompromisse und neigen vielmehr zu dogmatischen und intoleranten Verhaltensformen. Politisch Andersdenkende werden nicht als solche wahrgenommen, sondern als moralisch verkommene Individuen und sozial gefährliche Elemente, die man eigentlich vernichten müsste.

Faszination der Tat

Der Hang zu irrationalen Wertvorstellungen hat in Lateinamerika besonders ausgeprägte Früchte hervorgebracht, die auch in Bolivien zu Hause sind: den Männlichkeitswahn («machismo») und den Aktivismus. Relevant ist der «machismo» nicht nur als die ständige Unterdrückung weiblicher Initiativen und Tätigkeiten, sondern auch als die lustvoll empfundene Ausübung der Macht, auch wenn dies in eng begrenzten Räumen geschieht, und als die Verachtung friedlicher Wege der Konfliktschlichtung, welche dann als Ausdruck unverzeihlicher Schwäche gelten. Damit verbunden ist die weitverbreitete Neigung, den Stellenwert analytischer Tätigkeit überhaupt für niedrig zu halten im Vergleich zur positiven Bewertung beliebiger Tathandlungen. Das Bedenken von Konsequenzen und das Abwägen verschiedener Alternativen verblassen vor der Faszination der Tat: linke Revolutionäre und konservative Militärs nehmen den Guerilla-Krieg oder den Staatsstreich in Angriff, bevor sie Klarheit über mögliche Folgen haben. Sie können darüberhinaus mit grossem Verständnis für ihr Vorhaben rechnen, denn ausgedehnte soziale Gruppen erliegen der Verführungskunst charismatischer Politiker und sind froh darüber, wenn jemand ihnen einfache und angeblich unvermeidliche Strategien vorschreibt.

Schliesslich hat die spanische Erbschaft Gratifikations- und Anerkennungsmuster hinterlassen, die einen rückständigen und ethisch zweifelhaften Charakter aufweisen. Demnach wird der Wert einer Arbeit oder Tätigkeit ausschliesslich von deren Beurteilung durch die zufällige und augenblickliche Stimmung der lokalen öffentlichen Meinung bestimmt; der innere Wert der Arbeit ist bei dieser ausgesprochen extrovertierten Lebensweise eine belanglose Grösse. In dieser Atmosphäre wird vor allem der schnelle Erfolg positiv bewertet, insbesondere die Anhäufung eines ansehnlichen Vermögens, dessen Funktion bloss darin besteht, eine prunkvolle und grosszügige – wenn auch oft kulturfeindliche – Lebensweise zu ermöglichen. Deswegen ist es verständlich, warum bis heute eine ehrliche, solide, aber stille Arbeit als

minderwertig gilt, warum wissenschaftliche und intellektuelle Aktivität als überflüssig erscheint und warum auf wirtschaftlichem Gebiet eine langfristig angelegte Unternehmertätigkeit, die Originalität und Mühen erfordert, als betont lästig empfunden wird.

Politik als Geschäft

In diesem Licht ist die überaus rege politische Tätigkeit in Bolivien zu sehen. Der Beruf des Politikers bietet die doppelte Möglichkeit, ein öffentliches, publizitätsreiches und ehrenvolles Amt auszuüben und zugleich über eine zuverlässige Quelle der schnellen Bereicherung zu verfügen. Die übergrosse Mehrheit der bolivianischen Politiker sind nicht so sehr an Ideologien, an Programmen oder nur an einer korrekten Amtsausübung interessiert, sondern an der Teilnahme an ertragreichen Geschäften, die sich nur von den höchsten Regierungsposten aus organisieren lassen. Warum sollte dann ein ehrgeiziger Bolivianer lange Jahre für den Aufbau eines Industriebetriebes verwenden, wenn er viel mehr Geld mit einer einmaligen Teilnahme an einem diskreten interministeriellen Ausschuss verdienen kann, der bei einer öffentlichen Ausschreibung für Staatsaufträge die Firma auswählt, die wegen der höheren Bestechungsgelder den Ausschlag bekommen soll? Dadurch können in bequemer Weise Ärger mit Gewerkschaften, unnötige Steuern und nicht zuletzt die Gegnerschaft linksorientierter Kreise vermieden werden. Die wenigen Privatunternehmer, die in Bolivien erfolgreich sind (und als Ergebnis dieses Erfolges viel Geld verdienen), müssen sich alltäglich gegenüber Gewerkschaften und linken Kritikern rechtfertigen und entschuldigen, wobei sie mit wenig Unterstützung seitens des Staates rechnen können.

Entgegen landläufiger Vorstellungen ist der bolivianische Staat keineswegs die Agentur der Privatunternehmer; die Oberschicht, die ja von den Staatsfinanzen lebt, hat ein ebenso lebhaftes Interesse an der Stärkung und Expansion der staatlichen Funktionen wie linke und marxistische Gruppen, wenn auch aus anderen Gründen. Und beide Richtungen sind, trotz aller Unterschiede, gegen die Entfaltung eines wachen, kritischen Bewusstseins und gegen die Bildung von Mechanismen und Instanzen, die die Macht des Staates kontrollieren und begrenzen könnten. Die Militärs machen einen beträchtlichen Teil dieser Kaste aus, die ohne nennenswerte Produktionsmittel selbst zu besitzen dennoch in der Lage ist, die politische Macht zu kontrollieren und sich die finanziellen Ressourcen des Staates anzueignen.

Die «Nationale Revolution» von 1952 und die verschiedenen Militärregierungen seit 1964 haben, trotz ihrer verschiedenen Programmatik, den bereits erwähnten kollektiven Verhaltensmustern in bezug auf Arbeit und Verdienstmöglichkeiten neue Impulse gegeben. Hegte die Oberschicht bis 1952 eine aristokratische Verachtung gegenüber der produktiven Tätigkeit, so entwickelte die neue Machtelite nach 1952 einen unersättlichen Hunger nach rascher Bereicherung, der nur durch die Veruntreuung der Staatsfinanzen und

nicht durch die Schaffung langlebiger Privatunternehmen zu stillen war. Diese Tendenz führte folgerichtig dazu, dass sich die militärische Elite demjenigen Gelderwerb verschrieben hat, der minimale organisatorische und intellektuelle Fähigkeiten erfordert, rasche und nicht kontrollierbare Gewinne abwirft und wenige Arbeitskräfte benötigt, nämlich dem Drogengeschäft.

Demokratische Zwischenspiele haben an diesen Normen nichts zu ändern vermocht. Die Wiedereröffnung des Parlaments deckt bedauerlicherweise die Zählebigkeit tradierter Grundauffassungen bei den Abgeordneten auf. Sie interessieren sich nämlich nicht für eine ernsthafte gesetzgebende Arbeit, sondern nützen das Parlament als Forum für Massenagitation und Parteipropaganda oder als Sprungbrett für einen begehrten Ministerposten aus. Die Tätigkeit des Abgeordnetenhauses und des Senats beschränkt sich auf eine ebenso lautstarke wie oft sachlich unbegründete Kritik der jeweiligen Regierung, wobei die entscheidende gesetzgebende Aktivität – wie üblich – der Ministerialbürokratie überlassen wird.

Hybride Modernisierung

Die Beibehaltung kollektiver Verhaltensmuster aus der spanischen Erbschaft tritt nicht in Widerspruch zu einer beachtlichen Modernisierung im ökonomisch-technischen Bereich seit 1952. Die Einbrüche der Modernität – die Verbesserung und Ausweitung des Transport- und Kommunikationsnetzes beispielsweise oder die begonnene Industrialisierung der Grossstädte oder die Erschliessung der östlichen Provinzen – erfolgten in einer Form, die in zahlreichen Ländern der Dritten Welt anzutreffen ist: die Beibehaltung traditioneller Normen auf dem Gebiet der Politik, der Kultur und der alltäglichen Verhaltensmuster macht die Übernahme ökonomischer und technischer Errungenschaften sowie Entwicklungsziele aus dem westeuropäischen bzw. nordamerikanischen Raum einigermassen erträglich, indem sie die Schaffung eines eigenständigen und originellen Entwicklungsmodells vortäuscht. Eine partielle Modernisierung steht hier paradoxerweise im Dienste einer ebenso zählebigen wie irrationalen Tradition.

Man kann nicht bestreiten, dass die Revolution von 1952 erhebliche Modernisierungsleistungen in Bolivien hervorgebracht hat. Die Verstaatlichung der Bergbaubetriebe und die Agrarreform zielten nicht nur auf soziale Gerechtigkeit und Demokratisierung des wirtschaftlichen Lebens ab, sondern auch auf eine qualitative Steigerung der Arbeitsproduktivität, eine Auffächerung der Produktionsstruktur im Hinblick auf Industrialisierung und eine Integration unterer Schichten in die Kreisläufe des Marktes, des Schulwesens und der Gewerkschaftsbewegung.

Die Kehrseite dieses Prozesses stellt die Gestaltung des politischen Lebens dar. Repressive Praktiken hat es gewiss vor 1952 gegeben, aber sie waren meist zufällig und regellos; mit dem revolutionären Nationalismus wurden sie effizient, ordentlich und erbarmungslos. Was dieses Regime tatsächlich auszeichnete, war eine vorbildliche Modernisierung und Systematisierung des Terrors, eine erhebliche

und qualitative Ausweitung der trüben Geschäftsmacherei mit den Staatsfinanzen und eine permanente Missachtung rechtsstaatlicher Grundsätze. War die politische Kultur Boliviens bis 1952 die exklusive Tätigkeit einer eher verlotterten Aristokratie, so wurde sie nach 1952 die extrem korrupte Beutejägerei einer Schicht skrupelloser Neureicher. Diese herrschende Gruppe hat sich nicht zu einer geschlossenen Kaste hochgezüchteter Bürokraten entfaltet (wie in den sozialistischen Ländern); sie ist ein parasitäres Anhängsel des Staatsapparates geblieben, von dem weder Entwicklungsvorstellungen noch -impulse ausgehen. Entgegen der marxistischen Kritik ist diese Gruppe zu keiner neuen Bourgeoisie geworden; sie hat sich in Wirklichkeit für die Ausdehnung und nicht für die Verringerung der staatlichen Funktionen auf wirtschaftlichem Gebiet eingesetzt. Somit kann man auch behaupten, dass die jetzige Entwicklungsmisere Boliviens eher auf den Mangel denn auf die Existenz kapitalistischer Produktionsverhältnisse zurückzuführen sei.

Die meisten Militärregierungen, die seit 1964 fast ununterbrochen die Macht an sich gerissen haben, veränderten wenig an dieser Konstellation. Ihr Herrschaftsverständnis kann als betont traditionell bezeichnet werden, da sie von der unausrottbaren Auffassung ausgingen, dass die nackte Gewaltanwendung viele Probleme löst oder zumindest entschärft. In einer Gesellschaft, die die Bedeutung des politischen Dialogs nicht anerkennt, ist diese Annahme weit verbreitet, nicht zuletzt in linksorientierten Kreisen.

Einigen Militärregierungen ist eine beachtliche Modernisierung im Bereich der Infrastruktur, der Erziehung und des Wohnungsbaus nicht abzusprechen (insbesondere dem Banzer-Regime von 1971 bis 1978); trotz einer gewerkschaftsfeindlichen Politik haben die Militärs keine Reprivatisierung des ausgedehnten staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln vorgenommen und keine nennenswerte Begünstigung der privaten Investitionstätigkeit betrieben.

Die verschiedenen Militärregierungen in Bolivien haben an diesem Schema nichts gerüttelt, weil es gerade den Interessen von Offizieren und Bürokraten zugute kommt: sie sind juristisch nicht die Eigentümer der Produktionsmittel, sondern nur die faktischen Nutzniesser, was gleich zwei Vorteile mit sich bringt: man erspart sich den heute weltweit schlechten Ruf eines Kapitalisten und man kann ruhigen Gewissens eine verantwortungslose Geschäftsführung betreiben. In dieser Hinsicht haben die bolivianischen Militärregierungen nur einen Trend fortgesetzt, der nun überall in der Dritten Welt spürbar ist: die allmähliche und unbestreitbare Verdrängung des Privateigentums und die Entmachtung der traditionellen Elite haben kein neues, tragfähiges und vernünftiges Gesellschaftssystem hervorgebracht, sondern neuen Formen der Korruption und der Diktatur Tür und Tor geöffnet.

Das Ergebnis ist eine hybride Mischung partieller Modernisierung auf technologisch-ökonomischem Gebiet und weitgehender Aufrechterhaltung tradierter Verhaltensnormen im politischen und kulturellen Bereich, wobei die Wahrscheinlichkeit einer ge-

steigerten und effizienteren Massenmanipulation von oben mit Hilfe einer modernen Technologie und einer rein technokratisch-technizistischen Gesinnung gegeben ist. In Bolivien sowie in anderen Ländern der Dritten Welt wird diese verhängnisvolle Tendenz die Erreichung einer emanzipierten Gesellschaftsordnung auf lange Sicht und von innen heraus erschweren, da auch die Gruppen und Individuen, die das bestehende System bekämpfen, dessen irrationalen Normen und Wertvorstellungen verpflichtet sind. Es gibt genügend Menschen, die sich der wirksamsten Waffen, der schnellsten Transportformen und der modernsten Kommunikationsmittel mit grösster Selbstverständlichkeit und Könnerschaft bedienen können, und die zugleich andere Erzeugnisse derselben westlich-metropolitanischen Zivilisation wie Parlamentarismus, Geltung von Bürgerrechten oder Rationalismus entrüstet ablehnen. Eine dauerhafte Demokratisierung in Bolivien erscheint daher zunächst als eine noch ferne Utopie.

H. C. F. Mansilla

Rückblick auf den «Falkland-Krieg»

Die seestrategische Bedeutung der Falkland Islands und ihrer Dependencies

Aufgrund der geographischen Koordinaten des Falkland-Archipels (59./60. westlicher Längengrad, 52. südlicher Breitengrad) könnte man den voreiligen Schluss ziehen, dass diese unwirtlichen Inseln in der südlichen Hemisphäre strategisch von unbedeutendem Wert sind. Erst ein Blick auf die Weltkarte lässt die seestrategische Bedeutung der Falkland Islands und ihrer Dependencies South Georgia, Sandwich Group, South Orkneys, South Shetlands und British Antarctic Territory (Sektor der Westantarktis vom 20. bis 60. Grad westlicher Länge) erkennen. Der Falkland-Archipel mit den beiden Hauptinseln West- und East-Falkland ist nur 524 km von der Magellanstrasse entfernt. Die Drakestrasse weist zwischen Kap Hoorn und den Südshetland-Inseln eine Breite von 798 km auf. Durch den Besitz der erwähnten Territorien und Inseln (8,3 Millionen Quadratkilometer Fläche, davon drei Millionen Quadratkilometer Land), die alle durch Argentinien und teilweise auch durch Chile beansprucht werden, ist Grossbritannien mit Hilfe von U-Jagd- und Seeüberwachungsflugzeugen Nimrod MR. 2 (Aktionsradius 3700 km, Einsatzdauer 12 Stunden) und nuklearangetriebenen Angriffs-U-Booten in Friedens- und Kriegszeiten in der Lage, den gesamten Verkehr von 1000 Schiffen pro Jahr durch die Magellanstrasse und durch die Drakestrasse, vom Pazifik in den Atlantik und umgekehrt, zu überwachen. Im Falle eines Ausfalls des Panama-Kanals würde diese seestrategische Bedeutung der Falkland-

Inseln und ihrer Dependenzen noch zunehmen, da aufgrund von Experten damit zu rechnen wäre, dass der Schiffsverkehr durch die Drakestrasse pro Jahr rund 50 Millionen BRT betragen würde.

Werden nun aber auch noch die im britischen Besitz befindlichen Inseln im östlichen Südatlantik – Ascension, St. Helena, Tristan da Cunha, Gough – berücksichtigt, so ist sofort ersichtlich, dass Grossbritannien neben der Drakestrasse auch noch zusätzlich den Seeverkehr aus dem Indischen Ozean in den Atlantik überwachen kann. Mit Nimrod MR. 2 und nuklearangetriebenen Angriffs-U-Booten von Ascension und East-Falkland aus kann Grossbritannien des weiteren einen sowjetischen U-Boot-Krieg gegen die westlichen Verbindungs- und Nachschublinien im Südatlantik abwehren. Bedingt durch diese seestrategische Bedeutung ist es daher nicht erstaunlich, dass der Konflikt um die Falkland Islands und ihrer Dependencies sehr alt ist.

Zwei Seeschlachten

Die seestrategische Bedeutung der Falkland Islands und ihrer Dependencies für den Schutz der britischen und amerikanischen Verbindungslinien können anhand zweier Seeschlachten der beiden Weltkriege belegt werden.

Am 1. November 1914 versenkte das deutsche ostasiatische Kreuzergeschwader – zwei Panzerkreuzer und drei Kleine Kreuzer – unter Vizeadmiral Graf von Spee vor Coronel an der chilenischen Küste ein britisches Kreuzergeschwader, das das deutsche Geschwader abfangen sollte. Nach diesem Sieg wollte von Spee in den Südatlantik durchbrechen und dort gegen die gegnerischen Handelsschiffe den Kreuzerkrieg aufnehmen.

Nach Bekanntgabe der britischen Niederlage am 4. November 1914 sandte der Erste Lord der Admiralität, Winston Churchill, für die Vernichtung des deutschen Geschwaders die beiden Schlachtkreuzer «Invincible» und «Inflexible» unter Vizeadmiral Sir Frederick Sturdee zu den Falkland Islands. Unterwegs stiess ein britisches Kreuzergeschwader aus vier Panzerkreuzern und drei Leichten Kreuzern zu den beiden Schlachtkreuzern. Am 7. Dezember 1914 traf das Geschwader mit dem bereits in Stanley Harbour liegenden Linienschiff «Canopus» zusammen. In Unkenntnis der Situation wollte Graf Spee Port Stanley angreifen, die Funkstation zerstören, die Kohlenvorräte übernehmen und den britischen Gouverneur gefangensetzen. Am 8. Dezember 1914 kam es zur Schlacht, in deren Verlauf das deutsche ostasiatische Geschwader, mit Ausnahme des Kleinen Kreuzers «Emden», mit 2400 Mann versenkt wurde.

Vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges entsandte Grossadmiral Raeder für den Kreuzerkrieg das Panzerschiff «Admiral Graf Spee» unter Kapitän zur See Langsdorf in den Südatlantik. Dieser Kreuzerkrieg wurde am 27. September 1939 aufgenommen. Im Gegensatz zu Admiral Spee vermied es Langsdorff in der Nähe von Küsten oder Landstützpunkten zu operieren. Insgesamt wurden rund 50 000 BRT versenkt. Die britische Admiralität unter Winston Churchill reagierte durch die Aufstellung von

acht Kampfgruppen augenblicklich. Im Morgengrauen des 13. Dezember 1939 traf eine britische Kampfgruppe – der Schwere Kreuzer «Exeter» und die zwei Kreuzer «Ajax» und «Achilles» – zwischen den Falkland-Inseln und der La-Plata-Mündung auf das deutsche Panzerschiff. Im Verlaufe der Seeschlacht wurde die «Exeter» beinahe vernichtet. Da «Ajax» und «Achilles» ihr Feuer weiterhin aufrechterhalten konnten, steuerte Langsdorff mit der beschädigten «Admiral Graf Spee» den neutralen Hafen Montevideo an. Da die beiden Leichten Kreuzer durch den Schweren Kreuzer «Cumberland» vor der La-Plata-Mündung Verstärkung erhielten, wurde die «Admiral Graf Spee» auf Befehl Berlins am 17. Dezember 1939 gesprengt.

2. April bis 14. Juni 1982 – ein Berufskrieg

Ein Vergleich des Falkland-Krieges von 1982 mit den Seeschlachten des Ersten und des Zweiten Weltkrieges in der Nähe des Archipels lässt erkennen, dass der bis anhin letzte Falkland-Krieg ein kleiner Berufskrieg war. Entsprechend den Kriegen des 18. Jahrhunderts wurde er durch eine begrenzte Zahl von Berufssoldaten ausgefochten. Sowohl die britischen Streitkräfte wie auch die argentinischen Seeleute und Piloten sowie die argentinischen Marinesoldaten, die durch die Wehrpflichtigen mehr behindert als unterstützt wurden, waren Berufsleute. Da dieser kleine Krieg durch begrenzte Ziele bestimmt wurde, setzte keine der beiden Seiten ihr gesamtes Streitkräftepotential aufs Spiel, noch erwarb sie während den Auseinandersetzungen modernere Waffensysteme. Sowohl Grossbritannien wie auch Argentinien setzten die ihnen zur Verfügung stehenden Waffensysteme ein, die zum Teil veraltet waren. So ist den Briten vorgeworfen worden, sie hätten ihre Task Force in den Südatlantik geschickt, ohne die für die Tieffliegererfassung notwendigen Frühwarnflugzeuge. Anstelle eines grossen Flugzeugträgers mit Überschall-Abfangjäger und Frühwarnflugzeugen Grumman E-2 Hawkeye musste Rear Admiral Woodward, da dem Vereinigten Königreich nur diese Mittel zur Verfügung standen, am 6. April mit zwei kleinen Flugzeugträgern ohne Frühwarnflugzeuge aus Portsmouth auslaufen. Da eine Ausleihe amerikanischer AWACS wegen der begrenzten Kriegsziele nicht in Frage kam, musste der britische Admiral zum Leidwesen aller «Strategen» seine Operationen auf diese begrenzten Mittel hin ausrichten und nicht umgekehrt. Stellt man die Streitkräfte der beiden Kontrahenten vor den kriegerischen Aktionen einander gegenüber, so stand, abgesehen vom Seekrieg, nicht eindeutig fest, wer gewinnen würde. Erst während des Krieges wurden die verschiedenen Fehler der Argentinier, die sie bei ihrer operativen Einsatzplanung gemacht hatten, offensichtlich. So hatten sie die Rollbahn von Port Stanley nicht auf 1829 Meter erweitert. Wäre diese Erweiterung erfolgt, so hätten die argentinischen Mirages und Skyhawks von Port Stanley aus unter voller Ausnützung des Aktionsradius gegen die britische Task Force operieren können. Die Briten hätten sich wegen des Risikos, einen

oder beide Flugzeugträger zu verlieren, zurückziehen müssen.

Eine weitere Unterlassung der Argentinier war die fehlende Verminung der möglichen Landeorte auf Ost-Falkland für amphibische Operationen. Eine Verminung von Port San Carlos hätte die britische Landung ernsthaft verzögert, wenn nicht sogar verhindert. Des weiteren hat sich die argentinische Luftwaffe in einen Abnützungskampf mit den den Brückenkopf unterstützenden Kriegsschiffen eingelassen. Auch dies ein operativer Fehler. Statt dessen hätte die Luftwaffe den Brückenkopf mit den dichtgedrängten Soldaten und den grossen Material- und Munitionslagern direkt angreifen und bombardieren sollen.

Statische Verteidigung

Der schwerwiegendste Fehler der Argentinier im Landkrieg war ihre statische Verteidigung der Insel. Dadurch sind sie durch die beweglich und schnell vorgehenden Briten in die aussichtslose Verteidigung des Kessels von Port Stanley abgedrängt worden. Mit einer beweglichen Verteidigung unter Einsatz ihrer Helikopter hätten die Argentinier diese Entwicklung zumindest verzögern, wenn nicht sogar verhindern können.

Berücksichtigt man alle diese operativen Fehler der Argentinier, so kommt man zum Schluss, dass die Briten offensichtlich Glück gehabt haben. Aber Glück und Zufall gehören, wie Clausewitz selbst festgestellt hat, zu einer erfolgreichen Kriegführung. Die Briten haben aber den Krieg nicht nur durch Glück gewonnen, sondern vor allem durch die bessere Ausbildung und Motivation ihrer Soldaten, die unter Ausnützung des gleichwertigen Materials mit Mut und Ausdauer hervorragend gekämpft haben. Wie man des weiteren aufgrund der argentinischen Fehler erkennen kann, war die operative Führung der Briten derjenigen der Argentinier um ein Vielfaches überlegen.

Welche Erkenntnisse können aufgrund des Falkland-Krieges für die Seekriegführung der Zukunft abgeleitet werden? Zunächst haben sich für die Ausführung einer begrenzten amphibischen Operation die kleinen Träger der Invincible-Klasse mit ihren V/STOL-Abfangjägern Sea Harrier, sofern die Träger alle noch mit Frühwarnsystemen ausgerüstet werden, als eine echte Alternative zu den gepanzerten riesigen Angriffsträgern der amerikanischen Nimitz-Klasse (92 860 Tonnen) erwiesen.

Was den Schutz von Geleitzügen über den Atlantik betrifft, so wird man aufgrund der Erfahrungen mit der Atlantic Causeway sicher vermehrt zu Hilfsflugzeugträgern umgebaute Containerschiffe mit Sea-Harrier einsetzen (britisch-amerikanisches Arapaho-Projekt). Des weiteren werden in den nächsten zehn Jahren, aufgrund der Erfahrungen mit den Nimrod MR. 2 und den Vulcan-Bombern im Südatlantik, für die Bekämpfung von Seestreitkräften die trägergestützten Kampfflugzeuge nach und nach durch landgestützte Langstreckenbomber, ausgerüstet mit Seeziel-Flugkörpern und Luftbetankungsstutzen, ersetzt werden. Diese Entwicklung hat in den USA mit der Erprobung der schweren Bomber B-52 G mit Seeziel-Flugkörpern Harpoon (Reichweite 113 km) bereits ein-

gesetzt. Die UdSSR hat diese Entwicklung durch die Indienststellung ihrer Backfire-Bomber vorweggenommen.

Die Seekriegführung der neunziger Jahre wird aber durch das nuklearangetriebene Angriffs-U-Boot bestimmt sein. Durch seine unbeschränkte Autonomie unter Wasser und seine Bewaffnung mit Seeziel-Flugkörpern Harpoon, Marschflugkörpern Tomahawk (Reichweite bis 2700 km) und See-Luft-Flugkörper SLAMs wird dieses U-Boot die gleichzeitige Bekämpfung von See-, Land- und Luftzielen ermöglichen.

Geschlossene Lücke

Wie sieht aber die seestrategische Zukunft der Falkland Islands und ihrer Dependencies aus? Die Rollbahn von Port Stanley ist bereits von 1219 Meter auf 1829 Meter erweitert worden. Die Briten haben bereits eine Staffel Phantom F-4K Abfangjäger (Aktionsradius 750 km) in Port Stanley stationiert. Die Phantoms erhalten verbunkerte Unterstände. Der neue Flugzeugträger «Illustrious», der die «Invincible» abgelöst hat, bleibt mit 12 Sea Harrier bei den Falkland-Inseln stationiert. Die «Illustrious» verfügt nun über ein Frühwarnsystem (zwei Sea King Helikopter mit einem Radargerät «Searchwater»), mit dem es möglich sein wird, Flugzeuge auf weite Entfernung in geringer und grosser Höhe zu entdecken. Damit ist die wichtigste Lücke im britischen Abwehrdispositiv gegenüber zukünftigen Angriffen geschlossen. Des weiteren verbleiben in diesen Gewässern ein Zerstörer und drei Fregatten als Begleitschiffe des Trägers.

Für die Seeüberwachung und die U-Boot-Jagd werden auf Port Stanley Nimrod MR. 2, ausgerüstet mit Sidewinder, stationiert sein. Zusätzlich bleibt ein nuklearangetriebenes Angriffs-U-Boot in diesen Gewässern. Auf den Inseln selbst bleiben rund 4000 Soldaten stationiert, ausgerüstet mit Boden-Luft-Flugkörpern Rapier und 36 Transport- und bewaffneten Helikoptern. Für einen allfälligen Einsatz im Südatlantik bleibt eine Staffel Vulcan-Bomber in Grossbritannien stationiert. In Süd-Georgien haben die Briten 250 Mann und eine Fregatte. Mit Hilfe dieses Potentials wird Grossbritannien seine sehr lange vernachlässigte Aufgabe des Schutzes der Seewege und westlichen Verbindungslinien im Südatlantik in der Zukunft wahrnehmen können. «... for while it is true that an unexpected attack may cause disaster in some one quarter, the actual superiority of naval power prevents such disaster from being general or irremediable. History has sufficiently proved this.»

Albert A. Stahel